

Unsere Kandidaten für den Landtag

In den vier Wahlkreisen von Märkisch-Oderland haben die LINKEN ihre Direktkandidaten für die Brandenburger Landtagswahlen am 1. September 2019 nominiert. Außerdem

wurden auf der Gesamtmitgliederversammlung des Kreises im November in der Reihenfolge: Bettina Fortunato, Marco Büchel und Gregor Weiß auch als Kandidaten für die Landesliste der Par-

tei gewählt, die am 26. Januar auf einer VertreterInnenversammlung aufgestellt wird. Da sich der Wahlkreis der Direktkandidatin Franziska Schneider sowohl über Hoppegarten und Neu-

enhagen in MOL als auch über drei Kommunen im Landkreis Oderspree erstreckt, wurde diese Direktkandidatin in LOS für die Kandidatur auf einen vorderen Listenplatz vorgeschlagen.



Bettina Fortunato

Einstimmig lautete das Ergebnis für Bettina Fortunato im flächenmäßig größten Wahlkreis 34, von Rehfelde bis Letschin. Seit knapp zwei Wahlperioden gehört die heute 61-jährige dem Landtag an. Sie hat den Vorsitz des Arbeitskreises Soziales der Linksfraktion inne. Außerdem ist die Diplomagrönomin Mitglied der Enquetekommission zur Zukunft der ländlichen Regionen und stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses des Landtages. Die Kommunalpolitikerin aus Seelow ist zugleich Abgeordnete des Kreistages und Vorsitzende der LINKEN in Märkisch-Oderland. Das bekannte Gesicht der Linken in der Region bekräftigte, es gehe ihr immer um die Menschen, vor allem um jene, die Hilfe benötigen.



Marco Büchel

Für den Wahlkreis 33, der sich vom Berliner Stadtrand bis zum Oderbruch erstreckt, wurde Marco Büchel aus Bad Freienwalde mit überwältigender Mehrheit gekürt. Der 35-jährige Sozialversicherungsfachmann sitzt gegenwärtig das zweite Mal im Brandenburger Parlament. Hier leitet er den Ausschuss für Europa, Entwicklung und Verbraucherschutz und fungiert als stellv. Fraktionsvorsitzender. Seit 2003 ist er Stadtverordneter in Bad Freienwalde. Aktiv engagiert er sich für gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Polen. Ihm sei der direkte und unverstellte Kontakt zu den Menschen besonders wichtig. Alle Regionen sollen auch künftig lebenswert, innovativ und bildungsstark bleiben, betonte er.



Gregor Weiß

Gregor Weiß erhielt im Wahlkreis 32, mit Petchershausen/Eggersdorf, Rüdersdorf und Strausberg, 72 von 75 Stimmen. Der 35-jährige Physiotherapeut absolvierte ein berufsbegleitendes Studium im Bereich Medizinalfachberufe und ist in der Geschäftsführung der SOWI Strausberg tätig. Als Mitglied der Strausberger Stadtverordnetenversammlung leitet er den Ausschuss für Bildung, Jugend, Kultur, Sport und Soziales. Ehrenamtlich gibt er als Trainer im Kinder- und Leistungssportbereich sein Wissen als Judoka weiter und wirkt bei der Ausbildung junger Kampfrichter und als Sportreferent im Judoverband des Landes Brandenburg mit.



Franziska Schneider

Eine hauchdünne Mehrheit gab es für Franziska Schneider aus Erkner im Wahlkreis 31, der fünf Kommunen am Berliner Stadtrand in MOL und im Landkreis Oderspree umfasst. Unterlegen war der 26-jährige Fritz Viertel aus Schöneiche. Die 32-jährige Kultur- und Medienwissenschaftlerin war bisher als Referentin im Justizministerium, in der linken Landtagsfraktion sowie als Wahlkreismitarbeiterin des Landtagsabgeordneten Volkmar Schöneburg tätig. Sie engagiert sich für soziale Projekte in ihrer Heimatstadt und ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Rote Reporter. Sie befasst sich besonders mit den Risiken und Chancen der zukunftsorientierten elektronischen Welt.

Dannenberg im Neuenhagener Rampenlicht

Selbstbewusst, sympathisch und leidenschaftlich präsentierte sich Kathrin Dannenberg, die favorisierte Spitzenkandidatin der LINKEN für die Brandenburger Landtagswahlen 2019, in Neuenhagen Ende November. Zusammen mit dem ebenfalls vom Par-



teivorstand Brandenburgs für ein Spitzenduo vorgeschlagenen Sebastian Walter möchte sie weiterhin im Parlament vor allem für soziale Gerechtigkeit, dem Markenzeichen der LINKEN, streiten. Sie wolle in den politisch und

gesellschaftlich nicht einfachen Zeiten Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit allen Genossinnen und Genossen mit mehr Biss und Überzeugungskraft für ein gutes Wahlergebnis kämpfen.

Wie sehr sich linkes Engagement lohne, verdeutlichte die 52-jährige bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag an Beispielen von Landesförderungen in der Stadt Calau, die sich in ihrem Wahlkreis Oberspreewald-Lausitz befindet. So konnte hier in einem armen Landkreis ein Schulzentrum von der 1. bis 10. Klasse gebaut werden, in dem ausreichend Lehrer unterrichten. Das sei eine wichtige Investition in die Zukunft, denn die Lausitz gehöre zu den benachteiligten Regionen Brandenburgs mit einem Armutsanteil von 17 Prozent.

Zuhörer kritisierten, dass das beharrliche Wirken der LINKEN im Land kaum wahrgenommen werde. Dazu gehörten Ergebnisse wie der geringere Betreuungsschlüssel in Kitas und

Polizeigesetz vor dem Schlimmsten bewahrt



Die Rollen waren Mitte November klar verteilt. Die CDU kritisierte den vom Kabinett eingebrachten Entwurf für ein novelliertes Brandenburger Polizeigesetz als „völlig unzureichend“ und Kniefall des Innenministers vor der LINKEN. Er lasse die Polizei im Regen stehen. Die AfD forderte sogar die martialische Aufrüstung der Polizei (z. B. mit Maschinengewehren). Es fehlte nur noch, dass ihr Redner die Einführung eines „Landes-sicherheitshauptamtes“ gefordert hätte. Von links kritisierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unberührt davon, dass in Baden-Württemberg und Hessen schärfere Gesetze mitgetragen werden, die immer noch im Gesetz geregelten schweren Grundrechtseingriffe. Der Innenminister Schröter (SPD) sieht den Entwurf, der aufgrund des „politisch motivierten“ Extremismus, der jeden gefährden könne, notwendig sei, als Kompromiss zwischen den bürgerlichen Freiheitsrechten und den Eingriffsbefugnissen der Polizei. Hans-Jürgen Scharfenberg betonte für DIE LINKE, dass es zuvorderst immer noch um soziale Sicherheit gehe. Zudem hob er hervor, was sich an dem im Januar vom Innenministerium vorgelegten Referentenentwurf unter Einfluss der LINKEN verändert habe. Es ginge darum, die Eingriffsbefugnisse der Polizei auf das „zwingend Notwendige“ zu begrenzen. In der Tat: Gegenüber der beschriebenen Aus-

gangslage hat sich einiges verändert. Die Online-Durchsuchung und die elektronische Fußfessel für „Gefährder“ wurden aus dem Entwurf gestrichen. Der Einsatz von Sprengmitteln, jetzt „Explosivmittel“, durch die Polizei ist so gut wie ausgeschlossen. Auch auf die molekulargenetische Untersuchung zur Identitätsfeststellung wurde verzichtet. Die Schleierfahndung soll nun nicht auf das ganze Land ausgeweitet werden, sondern mit Bezug auf grenzübergreifende Kriminalität auf Autobahnen und Bundesstraßen beschränkt bleiben. Die vorgesehenen Fristverlängerungen für die Speicherung von Videoaufnahmen seien deutlich reduziert worden. Das gelte auch für die ausschließlich unter dem Vorbehalt einer terroristischen Gefahr vorgesehene Verlängerung des Polizeigewahrsams auf 14 Tage.

Volkmar Schöneburg
Landtagsabgeordneter der LINKEN

Lebhaft hatten auch die Genossinnen und Genossen aus Märkisch-Oderland auf ihrer Gesamtmitgliederversammlung MOL in Seelow im November über die beabsichtigte Novellierung des Polizeigesetzes diskutiert. Die Versammlung verabschiedete zur Stärkung der weiteren Verhandlungen der LINKEN einen Beschluss, möglichst jegliche weitere Einschränkung von Bürgerrechten zu verhindern.

das erste beitragsfreie Kita-Jahr. Dannenberg fügte hinzu, die Mittel für Kitas konnten in der jetzigen Wahlperiode dank der LINKEN gar verdreifacht werden. Zudem würden nun jedes Jahr 450 Polizisten ausgebildet. Und mehr Polizisten konnten ihren Dienst antreten. All das musste dem Koalitionspartner SPD in harten Verhandlungen abgerungen werden.

Wir dürften nicht die Augen davor verschließen, dass nach jüngsten Umfragen in Cottbus zurzeit 30 Prozent der Befragten die AfD wählen würden, mahnte sie. Bei Landtagwahlen erhalte DIE LINKE stabil 17 Prozent der Stimmen. Es gelte, mit den Menschen zu sprechen und ihnen Perspektiven zu geben.

Renate Adolph

Sozialministerin mit viel Power



Susanna Karawanskij führt seit dem 19. September das Sozialministerium in Brandenburg. Die 38-jährige Politikwissenschaftlerin ist in Leipzig geboren.

2008 tritt sie in die Linke ein. Ihr Mann ist ebenfalls Linkspolitiker in Sachsen. 2009 wird sie Geschäftsführerin der Kreistagsfraktion Nordsachsen, 2012 Vorsitzende des Kreisverbandes. Von 2013 bis 2017 schließlich gehört sie dem Bundestag an. Danach arbeitet sie vor allem ehrenamtlich weiter für die Partei, bis Brandenburg anknüpft.

Ihr Mann und ihre Tochter leben weiter in Leipzig. Also pendelt sie meist mit der Bahn zwischen Leipzig und Potsdam. Sie versuche, die Dreijährige morgens auch mal in die Kita zu bringen oder ihr auf dem Spielplatz beim Klettern zuzuschauen.

Für verunsicherte Lunapharm-Kunden möchte Karawanskij eine Ansprechpartnerin sein. Sie habe Gesprächsangebote über die behandelnden Ärzte gemacht. Aber nicht jeder wolle reden. Der Arzneiskandal sei zudem längst nicht alles in diesem Riesenressort. Dazu zählen auch Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Im Bundestag sei ihr Thema Kommunalfinanzen eine gute Schule fürs Durchbeißen gewesen. Als einstige Ostbeauftragte der Bundestagsfraktion erfährt Karawanskij, dass die Debatte oft zu sehr auf dem Fokus Unrechtsstaat liege. Viele Ostdeutsche hätten das Gefühl, dass sich niemand für ihren Erfahrungswertschatz interessiere. Die soziale Spaltung und Armutsgefährdung wolle sie vor allem ansprechen, gerade im Osten, unterstreicht die Ministerin.

Als Gast kommen und als Freund bleiben



v. l. Frank Fiedler (SPI), Axel Dolata, Franziska Schneider, Marco Büchel, Claudia Kirschenbaum (SPI)

Mit diesem Slogan begrüßt das „Haus der Generationen“ in Hoppegarten jeden Besucher bereits im Foyer – unaufdringlich und doch unübersehbar. Und genau diese Atmosphäre herrschte auch beim jüngsten Arbeitsbesuch des Landtagsabgeordneten der LINKEN Marco Büchel und der Direktkandidatin für die Landtagswahlen Franziska Schneider in der ehemaligen Villa. Hausleiterin Claudia Kirschenbaum führte den Gast durch das schöne Gebäude und schilderte leidenschaftlich den Alltag im Mehrgeneratio-

nenhaus. Seit Mitte 2017 wird es von der Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut) im Rahmen des Bundesprogramms „Mehrgenerationenhaus“ betrieben. Einrichtungen dieser Art gibt es bundesweit. Es sind Orte, an denen das Miteinander der Generationen aktiv gelebt wird. Sie stärken den nachbarschaftlichen Austausch und fördern den Kontakt der Menschen untereinander – unabhängig von Alter und Herkunft. Hier in der Lindenallee Nr. 12 sind inzwischen Dutzende Interessengemeinschaften beheimatet, von der Krabbelgruppe über Bildungs- und Serviceangebote bis hin zu Sport- und Yogakursen. Es gibt Lesungen, kleine Theaterprojekte und andere regelmäßige Kulturangebote. Eigentlich ist jeden Tag was los. Marco Büchel war sehr beeindruckt – vor allem vom Engagement der vielen Freiwilligen, die für pralles Leben in dem Haus sorgen. So werden Erfahrungen, Talente und Wissen zum Nutzen aller geteilt.

Dialog über gutes Miteinander

Um gute nachbarschaftliche Beziehungen ging es Marco Büchel auch bei seiner anschließenden Dialogveranstaltung in



Gemeinsame Positionen zur Migration

40 von 44 Mitgliedern des Vorstandes der LINKEN und 60 von 69 Bundestagsabgeordneten der Partei trafen sich am 30. November, um verschiedene Konzepte bei der Regulierung von Einwanderern zu beraten. Dabei zeigte sich, dass ihre Differenzen kleiner waren als vermutet. In der konstruktiven Diskussion gingen die Meinungen darüber auseinander, ob jeder nach Deutschland kommen könne. Zu beachten seien auch die Belange der Prekarierten hierzulande und von jenen in armen Ländern, denen die Mittel zur Migration fehlten. Diese Überlegungen wurden gar als nationalistisch ausgelegt. Generell bestand Dissens darüber, ob die LINKE einen eigenen Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz vorlegen sollte. Selbst bei denen, die dies bejah-

ten, seien die Vorstellungen sehr verschieden. Einigkeit bestand darüber, dass man sich für die Gleichberechtigung von Migranten auf dem hiesigen Arbeitsmarkt und für den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Bildung einsetzen will. Auch das individuelle Recht auf Asyl für Verfolgte wollen die Genossinnen und Genossen nicht nur verteidigen, sondern seine bereits 1993 betriebene zunehmende Beschränkung wieder rückgängig machen.

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft

In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: „Flucht und Vertreibungen sind ein globales Phänomen und eine direkte Folge von Kriegen, Gewalt und

Hoppegarten. Die Erhaltung des Friedens in Europa sei einer der dringlichsten Aufgaben der EU, sagte der Vorsitzende des Europaausschusses des Landtages. Statt Gelder in einen europäischen Verteidigungsfond zu pumpen, müsse die EU in soziale Standards und Infrastruktur investieren. Die Stabilität Europas hänge eng mit der Schaffung einer Sozialunion zusammen, mit einheitlichen Mindeststandards bei Löhnen, Kranken- und Altersversicherung zum Beispiel. Brandenburg habe durch seine Nachbarschaft zu Polen eine besonders Verantwortung für diejenigen, die grenzüberschreitend arbeiten. Ebenso bedeutend sei, dass in der Flüchtlingsfrage solidarischen Lösungen gefunden werden. Dafür sei es notwendig, die Rechte des Europäischen Parlaments auszubauen. Allen Ländern müssten Perspektiven gegeben werden.

Ausgiebig diskutierten die Teilnehmer an diesem Abend über die Stellung der LINKEN angesichts der zunehmenden Rechtsentwicklung im Land. Dabei sprachen sich viele mit Blick in die Geschichte für die Sammlungsbewegung als ein vereintes Gegengewicht gegen nationalistischen Populismus aus.

politischer Verfolgung, von Hunger- und Klimakatastrophen. Die aktuelle Debatte u.a. in Deutschland zeigt, wie weit es der Rechten gelungen ist, die gesellschaftlichen Herausforderungen der Flucht- und Migrationsfrage zu besetzen. Die rechtspopulistischen Nationalisten verknüpfen gezielt soziale Ungerechtigkeiten mit rassistischen Parolen für ihren chauvinistischen Kulturkampf, sie spalten die Gesellschaft und vergiften den demokratischen Zusammenhalt. Flucht und Migration sind emotionale und zugleich hoch politische Themen, denn es geht hier nicht nur um Menschen, die zu uns kommen, sondern auch um die Frage, wie wir leben wollen. Denn der Kampf um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist eine Wesensfrage unserer Demokratie selbst. DIE LINKE hat den Auftrag, diese gesellschaftliche Debatte verantwortungsvoll zu führen.“ In folgenden sechs Punkten wird die prinzipielle Haltung der LINKEN erläutert:

1. Niemand flüchtet freiwillig.
2. Asyl ist ein Grundrecht.
3. Fluchtursachen bekämpfen,
4. Rechte für Arbeitsmigrant*innen.
5. Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft.
6. Soziale Sicherheiten für alle,
7. Gemeinsam gegen jede Form des Rassismus.

Bürgerbüros

Thomas Nord (MdB)

Bürgerbüro Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Bettina Fortunato (MdL)

Bürgerbüro Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Marco Büchel (MdL)

Bürgerbüro

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon: (0 33 44) 33 45 41

Bürgerbüro Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Persönl. Sprechzeiten:
1. und 3. Mo. im Monat
Bitte VORHER telefonisch anmelden.
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 – 11 Uhr

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr
E-Mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9 – 12 Uhr

Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:
1. Januar 2019

Erscheinen

der nächsten Impulse:
15. Januar 2019

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

während des zu Ende gehenden Jahres 2018 möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich bei euch für eure Einsatzbereitschaft, Zuverlässigkeit und Loyalität zu bedanken.

Wir haben gemeinsam kleine und größere Erfolge erzielt.

Wir sind als Linke im Landkreis durch viele Aktivitäten in den Kommunen sichtbar geblieben. Sei es beim Auftreten für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit, bei Solidaritätsaktionen oder bei der Pflegekampagne. Ein besonderes Beispiel sind die vielen Veranstaltungen während unserer Friedenswochen.

Das funktioniert nur, wenn wir gemeinsam handeln, wenn wir vertrauensvoll miteinander umgehen und Unstimmigkeiten nicht gegeneinander aus-

tragen.

Danke für die vielen kleinen Dinge, die es uns möglich machen, die Arbeit in unserem Kreisverband ehrenamtlich zu gestalten.

Im Namen des Kreisvorstandes wünsche ich allen ein friedliches und besinnliches Weihnachtsfest, frohe Feiertage im Kreise eurer Lieben!

Denkt an eure Nachbarn und Mitmenschen, die vielleicht allein sind oder die keine Feiertage haben und sich über eine liebe Geste oder einen Gruß freuen würden.

Unsere Stärke war und ist die Solidarität.

Uns allen wünsche ich ein friedliches und ein gesundes Neues Jahr. Ich wünsche uns gute Begegnungen, kluge Entscheidungen und Freude an den kleinen und großen Erfolgen!

Eure Kreisvorsitzende
Bettina Fortunato



Gesamtmitgliederversammlung am 12. Januar

Der Kreisvorstand der LINKEN Märkisch-Oderland lädt alle Mitglieder ein:

Samstag, 12. Januar 2019, 9 Uhr, Gaststätte „Zur alten Linde“, Bahnhofstraße 23, 15345 Rehfelde.

Auf der GMV soll das Kreiswahlprogramm für die Kommunalwahlen im Mai 2019 verabschiedet werden. Außerdem wählen die Genossinnen und Genossen die Kandidaten für die fünf Kreistagswahlkreise und stimmen über Kandidatenlisten für Kommunen ab, die über keine eigene Basisorganisation verfügen.

Entscheidung über Landesliste

Am 26. und 27. Januar wählen Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN Brandenburgs die Landesliste mit den Kandidaten für die Landtagswahlen am 1. September 2019, **Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Schmiedestraße 2, 15745 Wildau.**

Rechte und Pflichten von Mandatsträgern

Der Kreisvorstand der LINKEN Märkisch-Oderland lädt **KommunalpolitikerInnen, BewerberInnen und InteressentInnen für eine Kandidatur zur Kommunalwahl 2019** zu einer

zweiten **BILDUNGSVERANSTALTUNG** ein,

Mittwoch, 30. Januar 2019, 18 Uhr, Kreisgeschäftsstelle der LINKEN, Große Straße 45, 15344 Strausberg.



Foto A. Fortunato

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Bettina Fortunato, Tel. 0334 1-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, renate@adolph.de,

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, -www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat

Ferien

Vom **21. Dezember 2018 bis einschließlich 1. Januar 2019** bleibt die Geschäftsstelle der LINKEN, Große Straße 45 in Strausberg geschlossen.